Beschluss Strukturelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Diskriminierung in Parteistrukturen sichtbar machen und wirksam entgegenwirken

Antragsteller*in:	Xenia Kellner (KV Hannover)
Tagesordnungspunkt:	2. Anträge

Antragstext

Der Diversitätsrat möge beschließen:

Der Diversitätsrat von Bündnis 90/Die Grünen erkennt an, dass geschlechtsspezifische Gewalt, Diskriminierung, Ausschluss und Machtmissbrauch innerhalb politischer Parteien ein ernstzunehmendes demokratiepolitisches und organisationskulturelles Problem darstellen können und demokratische Mitgestaltung erschweren oder verhindern.

Insbesondere Frauen und weiblich gelesene Personen sind im politischen Raum disproportional von Gewalt, Einschüchterung, Abwertung und strukturellem Ausschluss betroffen. Internationale Studien von unter anderem UN Women, International IDEA und der Inter-Parliamentary Union zeigen seit Jahren, dass Frauen in der Politik überdurchschnittlich häufig Erfahrungen mit:

- sexistischer Gewalt,
- sexualisierter Belästigung,
- psychischer Gewalt,
- digitaler Gewalt,
- Einschüchterung,
- Herabwürdigung,
- sowie strukturellem Ausschluss machen.

Diese Studien zeigen auch, dass insbesondere

- Frauen,
- queere Menschen,
- junge Menschen,
- migrantische und rassifizierte Personen,
- Menschen mit Behinderung,
- sowie andere marginalisierte Gruppen überproportional von Gewalt, Diskriminierung, Einschüchterung und Ausschluss im politischen Raum betroffen sind.

Die Forschung zeigt zugleich, dass viele Formen politischer Gewalt und Diskriminierung nicht nur von externen Akteuren ausgehen, sondern auch innerhalb politischer Institutionen und Parteien stattfinden können.

Sie zeigt auch, dass Gewalt und Diskriminierung im politischen Raum häufig nicht nur Ausdruck individuellen Fehlverhaltens einzelner Personen sind, sondern mit strukturellen Machtverhältnissen, informellen Hierarchien, Organisationskulturen und ungleichen Zugängen zu Ressourcen und Einfluss zusammenhängen.

Viele Formen struktureller und geschlechtsspezifischer Gewalt bleiben dabei unsichtbar, weil sie informell stattfinden, z.B.:

- durch Ausschluss aus Netzwerken,
- strategische Isolation,
- soziale Sanktionierung,
- Rufschädigung,
- systematisches Nicht-Ernstnehmen,
- das Unterlassen von Unterstützung,
- Einschüchterung,
- oder subtile Formen psychischer und institutioneller Gewalt.

Viele Betroffene melden entsprechende Erfahrungen zudem nicht, unter anderem aus Angst vor:

- Retaliation,
- Karriereeinbußen,
- sozialer Isolation,
- öffentlicher Stigmatisierung,
- oder mangelndem Vertrauen in bestehende Strukturen.

Gleichzeitig besteht global bislang eine erhebliche Wissens- und Datenlücke über Gewalt-, Diskriminierungs- und Machtstrukturen innerhalb politischer Parteien selbst. Während Untersuchungen zu struktureller Diskriminierung zunehmend in NGOs, Ministerien, Sicherheitsbehörden, Universitäten, internationalen Organisationen oder Unternehmen durchgeführt werden, fehlen vergleichbare systematische Untersuchungen innerhalb politischer Parteien bislang weitgehend.

Was nicht erhoben wird und wozu es keine Daten gibt, bleibt unsichtbar. Und was unsichtbar bleibt, dem kann nicht effektiv und strategisch entgegengewirkt werden.

Dabei tragen Parteien als zentrale demokratische Institutionen eine besondere Verantwortung. Sie entscheiden u.a. maßgeblich darüber:

- wer Zugang zu politischer Mitgestaltung erhält,
- wer kandidiert,
- wer sichtbar wird,
- wer politische Entscheidungen prägt,
- und welche Menschen langfristig im politischen Raum bleiben.

Als Bündnis 90/Die Grünen setzen wir uns gesellschaftlich für Antidiskriminierung, Gleichberechtigung, Transparenz und den Schutz vor Gewalt ein. Deshalb sehen wir uns in der Verantwortung, diese Ansprüche auch innerhalb unserer eigenen Strukturen konsequent zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Gerade in einer Zeit starken Mitgliederwachstums und zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung ist es entscheidend, demokratische Beteiligung, diskriminierungssensible Parteikultur und den Schutz vor Gewalt strukturell zu stärken.

Der Diversitätsrat versteht diese Auseinandersetzung deshalb als Teil einer demokratischen, feministischen Organisationsentwicklung und als Beitrag zur Stärkung von Vertrauen, Teilhabe und demokratischer Resilienz innerhalb politischer Parteien.

Deshalb fordert der Diversitätsrat:

1. Entwicklung eines Konzepts für eine unabhängige und wissenschaftlich begleitete Untersuchung

Der Diversitäts Rat beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit:

- relevanten Parteigremien, wie den BAGen als fachpolitische Gremien, insbesondere der BAG Frauen, dem Diversitätsrat und dem Bundesfrauenrat
- unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen,
- Demokratieforschung,
- feministischer Organisationsforschung,
- Antidiskriminierungsstellen,
- sowie zivilgesellschaftlichen Expert*innen

ein Konzept für eine unabhängige und anonymisierte Untersuchung zu:

- geschlechtsspezifischer Gewalt,
- Diskriminierung,
- Ausschlussmechanismen,
- Machtstrukturen,
- digitaler Gewalt,
- sowie strukturellen Barrieren innerhalb der Partei zu entwickeln.

2. Sichtbarmachung struktureller und informeller Machtmechanismen

Der Diversitätsrat fordert den Bundesvorstand auf, dass innerhalb der Partei stärker untersucht wird und Daten dazu erhoben werden:

- wie informelle Machtstrukturen wirken,
- welche Ausschlussmechanismen bestehen,
- welche Gruppen die Partei häufiger verlassen oder sich zurückziehen,
- und welche strukturellen Faktoren politische Teilhabe erschweren.

Dabei sollen insbesondere auch Erfahrungen mehrfachdiskriminierter Personen berücksichtigt werden.

3. Entwicklung evidenzbasierter Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz

Auf Grundlage der Erkenntnisse sollen neben den schon bestehenden Maßnahmen, weitere konkrete Maßnahmen entwickelt werden zur:

- Prävention geschlechtsspezifischer und struktureller Gewalt,
- Sensibilisierung innerhalb der Partei,
- Stärkung diskriminierungssensibler Parteikultur,
- Unterstützung und Schutz Betroffener,
- Verbesserung demokratischer Beteiligung,
- sowie Reduzierung struktureller Ausschlussmechanismen.

4. Beitrag zur Schließung einer gesellschaftlich relevanten Forschungslücke

Der Diversitätsrat erkennt an, dass innerhalb politischer Parteien bislang kaum systematische Forschung zu Gewalt-, Diskriminierungs- und Machtstrukturen existiert und sieht darin eine relevante demokratiepolitische Forschungslücke.

Bündnis 90/Die Grünen sollen deshalb dazu beitragen, diese Wissenslücke verantwortungsvoll mit zu schließen und neue Standards für demokratische, diskriminierungssensible und inklusive Parteikulturen global mitzuentwickeln.